

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redakt.: Berlin E 25, Al. Alexanderstr. 28, Tel.: E 1 Berlin 5481, Tel.-Adr.: Rotefahne Berlin, Berl. Verein. Zeitungsverlage GmbH, Berlin E 25, Al. Alexanderstr. 28, Postfach: Berlin NW 27 970.

Erscheint täglich außer Montags

Anzeigenverwaltung: „Das Inzerat“, Allgemeine Inzeraten-Expeditiön, m. b. H., Berlin W 9, Schellingstraße 1, Telefon: B 1 Kurfürst 1825/26. Schluß der Anzeigenaufnahme 16 Uhr.

Bezugspreis: herausgibt. pro Woche 60 Pf., monatl. 2,60 M., einjährl. 28,80 M., in Berlin u. Orten v. eig. Zuliefer. Postbezugsanstalt. Bestellgeld 2,60 M.; Streifenband im Ausland 4,20 M.; n. d. Ausland 4,50 M.

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12zeil. Millimeterzeile 35 Pf.; die 6zeil. Millimeterzeile 2,50 M. Arbeiterorgan u. Familienanz.: Millimeter: 20 Pf. Kleinanz.: Textwort 20 Pf., Überschriften 30 Pf., Arbeitsmarkt: Wort 20 Pf.

Sieben KPD.-Zeitungen in Preußen verboten / Siehe im Blatt

Japan will ganz Nordchina besetzen!

Belagerungszustand und blutige Kämpfe in der Mandchurei — Auf die Posten gegen die imperialistischen Räuber!

Charbin, 29. März. Gegen die Marionettenregierung Japans in der Mandchurei wird der Widerstand der Bevölkerung immer heftiger. Irreguläre chinesische Truppen haben überraschend die Truppen der sogenannten mandchurischen Regierung angegriffen und sie weit zurückgedrängt. Die Chinesen befinden sich im Vormarsch auf Tschantschun, die neue Hauptstadt der Mandchurei, um den Gouverneur von Japans Gnaden, den ehemaligen Kaiser Puhi, zu vertreiben. Die Japaner schicken in großer Eile Verstärkungen nach der Mandchurei. Allein in Tschantschun sind 5000 Infanteristen eingetroffen. Puhi hat über die ganze Mandchurei den Belagerungszustand verhängt.

Aus Chharbin kommen alarmierende Nachrichten, die die Warnrufe der kommunistischen Presse über die bevorstehende weitere Aufteilung Chinas durch die Imperialisten bestätigen. Nach der Mandchurei wollen die japanischen Imperialisten nunmehr auch Nordchina in die Fänge stecken. In Peking soll, ähnlich wie in der Mandchurei, eine Regierung eingesetzt werden, die in jeder Hinsicht von Japan abhängig ist.

Nach der Mandchurei — Shanghai. Nach Shanghai — Nordchina. Das sind die drei Stappen, die im Feldzug des japanischen Imperialismus gegen China sich deutlich abzeichnen. Zum Ueberflus wird jetzt auch noch das Memorandum des

japanischen Unterstaatssekretärs Morikawa vom 6. Dezember 1931 bekannt, das klipp und klar das Ziel des Tokioter Kabinetts enthüllt, die Mandchurei und Mongolei in japanische Kolonien zu verwandeln.

Jeder Schritt, den Japan in China unternimmt, dient der Vorbereitung des Feldzuges gegen die Sowjetunion. Die Niederwerfung und „Pazifizierung“ der Mandchurei ist gleichzeitig ein strategischer Schachzug für die militärische Intervention gegen die revolutionäre mongolische Volksrepublik und die Sowjetunion.

Die Weltkriegsgefahr wächst mit jedem Tag. Es gilt, gegen den Krieg zu handeln. Wenn die japanische Räuberregierung gezwungen ist, aus der Mandchurei und dem Yangtseetal hunderte japanischer Soldaten als Aufrührer zurückzubeziehen, wenn auf dem französischen Schlachtschiff „Primauguet“, das in der nächsten Woche nach China abgehen soll, die kommunistische Antikriegspropaganda die Admiralität zwingt, über die Hälfte der Besatzung auszutauschen, dann müssen auch die deutschen Arbeiter das ihrige tun, um den Kriegsverbrechern ihre Hilfe zu verweigern und die Kriegsproduktion und Kriegstransport nach Japan zu verhindern.

Es gilt, den Antikriegstag heute in einer Woche so vorzubereiten, daß er eine Massenmanifestation der deutschen Proletarier gegen die imperialistischen Kriegstreiber, eine überwälzende Kundgebung der Sympathie und Aktionsbereitschaft für die kommunistische Partei wird.

Aus dem Inhalt:

- Hamburger SPD.-Führer lehnen SA.-Verbot ab
- Durch SU.-Aufträge 1000 Arbeiter bei Linke-Hoffmann-Breslau neu eingestellt
- 83 böhmische Schächte im Streik
- Erste Sowjet-Kugellagerfabrik eröffnet

Die Sozialdemokratie als Kriegsprovokateur

Wie der „Vorwärts“ den Krieg vorbereiten hilft

Das Zentralkomitee unserer Partei hat am Sonntag in der „Roten Fahne“ eine Entschließung veröffentlicht, in der mit bolschewistischer Selbstkritik die Lehren des ersten Wahlganges der Reichspräsidentenwahl gezogen werden. Wir Kommunisten über unsere Selbstkritik vom Standpunkt der höheren revolutionären Aufgaben, die wir uns selbst in jedem Kampfe und auch in der außerparlamentarischen Führung der Wahlkampagnen stellen. Wir überprüfen die Durchführung unserer revolutionären Politik. Wir legen offen vor der gesamten Partei und der Arbeiterklasse die Mängel klar, um noch besser, schlagkräftiger und erfolgreicher gegen die Kapitalistenklasse, gegen die Sozialdemokratie als ihrer sozialen Hauptstütze und gegen die Hakenregierungen des Finanzkapitals vorgehen zu können. Die revolutionäre Selbstkritik ist ein wichtiges kollektives Erziehungsmittel, wie sie nur eine bolschewistische Partei führen und entschlossen anwenden kann.

In der Entschließung unseres Zentralkomitees heißt es zur Anwendung der Selbstkritik in unserer Parteiarbeit:

„Die Feststellung dieser Mängel schwächt keineswegs die Tatsache ab, daß die Partei schon im ersten Wahlgang der Präsidentenwahl teilweise erfolgreich abgemittelt, ihren stetigen Fortschritt fortgesetzt, ihre Position innerhalb der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen gesichert und erweitert hat.“

Es bleibt dem „Vorwärts“ vorbehalten, gestern in einem niederträchtigen kriegshegischen Artikel, der eine einzige Beschimpfung der Sowjetunion darstellt, die Entschließung unseres Zentralkomitees als „Kahnschmerz“ zu bezeichnen. Die sozialdemokratischen Führer, die mit Bangen und Bangen um die Rettung ihrer Ministerposten am 24. April bemüht sind, werden bald die Folgen unserer revolutionären Selbstkritik in unserer verschärften Angriffe an allen Fronten des proletarischen Klassenkampfes zu spüren bekommen. Wir wissen, daß wir die Kapitalistenklasse mitten ins Herz treffen, wenn wir ihre sozialfaschistische Agentur schlagen, wir wissen, daß wir den Hitlerfaschismus durch die proletarische Millionenkraft hinwegjagen werden, wenn wir seine sozialfaschistischen Schrittmacher schlagen, — und die Millionen Anhänger des Kommunismus werden mit verbesserten Methoden und verstärkter Kraft in diesem Sinne für unsere revolutionäre Freiheitspolitik kämpfen!

Das Wichtige an dem gestrigen Leitartikel des „Vorwärts“ ist aber die offene Enthüllung der Rolle der deutschen Sozialdemokratie als einer Partei der schamlosen Kriegsexploitation gegen die Sowjetunion. Nach dem „Vorwärts“ ist es nur eine „Ablenkung von den Dingen in Deutschland“, wenn etwas von einer akuten Gefahr eines Interventionskrieges gegen die Sowjetunion im Zusammenhang mit dem ostasiatischen Konflikt erzählt wird. Die Warnung über die Kriegsgefahr ist nur „Märchen“. Dann ergreift der „Vorwärts“ mit folgenden provokatorischen Behauptungen die Partei der Kriegsvorbereitenden Imperialisten:

„Die gläubigen Kommunisten brauchen natürlich nichts davon zu wissen, wie die Sowjetregierung in der Frage des neuen mandchurischen Staates, in der Frage von Truppentransporten auf der ostchinesischen Eisenbahn vor den japanischen Imperialisten auf die Knie gefallen ist (!), sie dürfen nichts davon hören, daß die Sowjetregierung beschuldigt wird (!), Geheimverträge mit

Die Partei macht mobil

Wichtige Reichstagung der führenden Funktionäre — Genosse Thälmann über unsere Kampfaufgaben im zweiten Präsidentenwahlgang und in den Preußenwahlen

Am 25. März fand in Berlin eine vom Zentralkomitee einberufene Arbeitskonferenz der KPD, an der die Vorkleber, Agitatoren und Chefredakteure aus allen Bezirken, sowie die wichtigsten Mitarbeiter des Zentralkomitees teilnahmen. Das Referat über die politischen Lehren des ersten Wahlganges der Reichspräsidentenwahl und die Aufgaben der Partei zu einem bevorstehenden zweiten Wahlgang sowie bei den Preußenwahlen und den übrigen Parlamentswahlen hielt Genosse Thälmann.

Genosse Thälmann beschäftigte sich mit dem Wahlergebnis vom 13. März, wobei er den Artikel der „Pravda“ zum Ausgangspunkt seiner Analyse über das Wahlergebnis nahm. Er wies darauf hin, daß ein Vergleich zwischen den Präsidentenwahlwahlen und allgemeinen Parlamentswahlen, wie z. B. den Reichstagswahlen unmöglich sei, da bei einer Präsidentenwahl vom kommunistischen Wähler ein viel höheres Klassenbewußtsein erforderlich werde. Unter diesem Gesichtspunkt sind die fünf Millionen Stimmen für die Kampfkandidatur der KPD beim ersten Wahlgang als großer Erfolg zu bezeichnen. Nichtsdestoweniger kann das Wahlergebnis, wenn man es an den objektiven Voraussetzungen messe, nicht befriedigen.

Bei einer genügenden Verschärfung des prinzipiellen Kampfes gegen die SPD, bei einer lebhafteren Anwendung der Einheitsfrontpolitik, bei einer Verbesserung unseres Kampfes gegen den imperialistischen Krieg und unserer Streiktrüftung und bei der Ueberwindung der allgemeinen Schwächen der Partei auf den Gebieten der Betriebs- und Erwerbslosenarbeit, der KPD- und inner-gewerkschaftlichen Arbeit hätte der Radius der von der Partei mobilisierten Massen noch bedeutend erweitert werden können. Die wichtigste Konsequenz aus dem Wahlergebnis ist deshalb die Anspannung aller Kräfte zur Durchführung der Beschlüsse des Februarplenums des Zentralkomitees, die der Ueberwindung der vorhandenen Schwächen, Mängel und Fehler und der Verbesserung der revolutionären Massenarbeit der Partei gelten.

Genosse Thälmann wies auf die großen Schwierigkeiten hin, die die Partei überwinden müsse, um beim zweiten Wahlgang die Positionen vom 13. März zu verteidigen und weiterzumanteln. Dies ist nur möglich bei einer außerordentlichen Verstärkung der außerparlamentarischen Massenmobilisierung und der klaren Herausarbeitung der Bedeutung unserer Klassenkandidatur als einer Kampfkandidatur.

In den Mittelpunkt der gesamten Kampagne muß der Kampf gegen den imperialistischen Krieg und für die Verteidigung der Sowjetunion gestellt werden. Es ist eine Ehrenpflicht der Partei, daß wir über die bisherige bloße Enthaltungskampagne gegenüber Kriegsverrichtungen und Kriegseiferungen sowie Transporten zu wirklichen Aktionen und Kampfmaßnahmen, zu Streiks usw. gelangen, die der praktischen Verhinderung dieser Kriegsvorbereitungen dienen. Auf diesem Gebiet sind bisher die größten Schwächen zu verzeichnen.

Der zweite Wahlgang der Präsidentenwahlwahlen muß im verschärften Kampf gegen den sozialdemokratischen Betrug des „kleineren Übels“, gegen die heuchlerische Demagogie der SPD, der Brandleristen und Trozkisten, aller dieser „linken“ Fiktionen der Sozialdemokratie, die einen untrennbaren Bestandteil des Sozialfaschismus darstellen, geführt werden.

Es muß im gesteigerten Kampf zur Entlarvung der nationalsozialistischen Demagogie geführt werden, wobei die Partei in breiterer Ausdehnung die schmerzvollen revolutionären Stimmungen bestimmter Schichten der Erwerbslosen bekämpfen muß, wonach eine Wahl Hitlers eine Beschleunigung des Zusammenbruchs des kapitalistischen Systems künstlich herbeiführen könnte. Solche Tendenzen sind äußerst gefährlich vom Standpunkt des revolutionären Klassenkampfes.

Die Massenmobilisierung für die Kampfkandidatur der Partei und des revolutionären Proletariats beim zweiten Wahlgang der Präsidentenwahlwahlen ist zugleich ein Aufruf für die Preußenwahlen und die übrigen Parlamentswahlen in Bayern, Württemberg, Hamburg und Anhalt, auf die die Partei das Hauptgewicht legen muß. Die Massenmobilisierung zum 10. April ist somit eine außerordentlich wichtige Etappe auf dem Wege zum 24. April, zu den Preußenwahlen und übrigen Parlamentswahlen.

Die gesamte Konferenz, die sodann noch besondere Referate über die Aufgaben der Agitation und Propaganda und speziell der Parteipresse entgegennahm, war getragen von entschlossener offener Kampfstimmung der gesamten Partei in allen Bezirken. Die Konferenz bildet somit den Ausgangspunkt für die innerparteiliche Massenmobilisierung der gesamten Parteimitgliedschaft und der Sympathisierenden, um auf der Basis der Beschlüsse des Zentralkomitees fühn und offensiv die Massen in diesen Kampagnen zu mobilisieren und vorwärts zu führen.